Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und des Rates der Stadt Riesa, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postscheckkonto: Leipzig 21266. Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 44. **Dienstag, 22. Februar 1921, abends.** **74. Jahrg.**

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. **Bezugspreis**, gegen Vorauszahlung, monatlich 4.— Mark ohne Zustellgebühr, die jederzeit am Postschalter monatlich 4.10 Mark ohne Postgebühr. **Anzeigen** für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 43 mm breite, 1 mm hohe Grundschrift-Zeile (7 Silben) 1.10 Mark, Ortspreis 1.— Mark; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Nachweisungs- und Vermittelungsgebühr 30 Pf. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort Riesa. Vierzehntägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hähnel, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Donnerstag, den 24. Februar 1921, vormittags ½9 Uhr
wird im Sitzungssaale der unterzeichneten Amtshauptmannschaft

öffentliche Bezirksausschußsitzung

abgehalten.

Großenhain, am 21. Februar 1921.
A. Die Amtshauptmannschaft.

Lebensmittelverteilung.

In der **Woche vom 21.—27. Februar lfd. Js. und zwar vom 23. ab** sollen auf den Abschnitt 146 der roten und grünen Nährmittelkarte I je ½ Pfund **Zwieback oder Zwiebackbruch** zur Verteilung kommen.

Der Preis beträgt für Zwieback à Paket zu 125 gr 1.95 M.,
Zwiebackbruch „ „ „ 250 gr 2.80 „

Die Entnahme hat **bis spätestens den 2. März ds. Js.** zu erfolgen.

Großenhain, am 21. Februar 1921.
47 a III. Der Kommunalverband.

Die am 1. dieses Monats fällig gewordene **Staats- und Gemeinde-Grundsteuer** ist **unmehr umgehend**
bei Vermeidung der kostenpflichtigen Mahnung an unsere Steuerkasse abzuführen.
Der Rat der Stadt Riesa, am 22. Februar 1921. K.

Neues Adreßbuch.

Da noch von vielen Vereinen die Anzeige des Vorsitzenden aussteht und da nur wenige Vertreter von Versicherungs-Gesellschaften ihre Meldung hier bewirkt haben, geben wir bekannt, daß als äußerste Frist hierfür Ende Februar infrage kommt.

Vorausbestellungen auf Adreßbücher zum Vorzugspreise werden noch bis Ende dieses Monats in der Hauptkanzlei (Rathaus, Zimmer Nr. 2) angenommen.

Geschäftsanzeigen für das Adreßbuch sind tunlichst bald bei der Firma Langer & Winterlich aufzugeben.

Der Rat der Stadt Riesa, am 22. Februar 1921. Fnd.

Kartoffeln für Minderbemittelte.

Die Bezugsscheine für die bestellten Kartoffeln sind nunmehr von Denjenigen, die sie bisher noch nicht abgeholt haben, im Laufe dieser Woche im Rathause, Zimmer Nr. 2, vorm. von 8—12 Uhr, abzuholen, auch wenn die Kartoffeln nur nach und nach entnommen werden sollen.

Der Rat der Stadt Riesa, am 22. Februar 1921. Kr.

Anzeigen für die abends erscheinende Ausgabe des Riesaer Tageblattes werden bis spätestens früh ½9 Uhr (möglichst tags zuvor) erbeten. Geschäftsstelle des Riesaer Tageblattes, Goethestr. 59.

Oertliches und Sächsisches.

Riesa, den 22. Februar 1921.

—* **Oeffentliche Sitzung des Stadtverordneten-Kollegiums** zu Riesa am Mittwoch, den 23. Februar 1921, nachm. 5 Uhr in der Oberrealschule. 1. Beschlußfassung über die Besetzung der Ausschüsse. 2. Verkauf des fr. Klinge'schen Grundstückes. 3. Errichtung einer ständigen Lehrerstelle an der Oberrealschule. Berichterstatter: Herr Stadtv. Gaumnitz. 4. Errichtung einer nichtst. wissenschaftl. Lehrerstelle an der Oberrealschule. Berichterstatter: Herr Stadtv. Gaumnitz. 5. Errichtung einer ständigen Lehrerstelle an der Knabenschule unter Verzicht auf Beibehaltung des bis Ostern 21 bewilligten Hilfslehrers. Berichterstatter: Herr Stadtv. Trüger. 6. Bewilligung von 700 ℳ Berechnungsgeld zur Teilnahme an Lehrgängen für Mädchenfortbildungsschullehrer. 7. Haftpflichtversicherung des Lastkraftwagens in der Gasanstalt. 8. Zuschußbewilligung an die Straßenbahngesellschaft. Berichterstatter: Herr Stadtv. Meude. 9. Einmalige Beihilfe an Erwerbslose. Berichterstatter: Herr Stadtv. Schönborn. 10. Ordnung für die Zivileinquartierung. 11. VI. Nachtrag zur Sparkassenordnung. 12. Sparkassenrechnung auf das Jahr 1919. 13. Haushaltplan auf das Jahr 1920. 14. V. Nachtrag zur Instruktion für den Schornsteinfegermeister. 15. Anderweite Verwendung von 3000 ℳ von den zur Inventarbeschaffung an der Oberrealschule bewilligten, hierzu nicht voll erforderlichen 8800 ℳ. 16. Bewilligung von 200 ℳ zum Einbau eines Abortes im Kontorgebäude der fr. Ziegelei Göhlis. Berichterstatter: Frau Stadtv. Schlimpert. 17. Wahl zweier Gemeindewaisenräte und eines Stellvertreters. 18. Erwerbung der Mitgliedschaft beim Deutschen Hygienemuseum. 19. Bewilligung von Mitteln zur Teilung einer Wohnung. 20. Mitteilungen. — Nichtöffentliche Sitzung.

—* **Riesaer Bank.** Die 17. ordentliche Generalversammlung der Riesaer Bank findet laut Anzeige in dieser Nummer am 2. April ds. J. statt, worauf wir aufmerksam machen. Die Gesellschaft erzielte im verflossenen Jahre ein besonders günstiges Erträgnis, sodaß sie in der Lage ist, eine Dividende von 12%, außerdem einen Bonus von 30 bezw. 15 Mk. pro Aktie zu zahlen. Die Rücklagen erfahren dabei wie sonst reichliche Zuwendungen. Die Umsätze sind infolge der hohen Warenpreise und der Zunahme der Geschäfte ganz bedeutend gestiegen. Der Jahresbericht erscheint in den nächsten Tagen.

—* **Neues Adreßbuch.** Auf die amtliche Bekanntmachung in vorliegender Nummer, das neue Adreßbuch betreffend, sei hiermit besonders hingewiesen.

—g. **Dresdner Landgericht.** Der 20 Jahre alte Fabrikwächter Josef R. und der im Anfange der zwanziger Jahre stehende Arbeiter Oskar Kurt H., beide aus der Umgebung von Riesa, mußten sich wegen Diebstahls vor der sechsten Strafkammer verantworten. Im November vergangenen Jahres verübten die beiden Angeklagten einen Einbruchsdiebstahl in die Kantine der Chemischen Fabrik von Henden in Weißig bei Großenhain. Dort war übrigens R. als Fabrikwächter angestellt, er benutzte diese Stellung, um in einem anderen Falle ein Rad in der Fabrik zu stehlen und dem vor der Fabrikmauer wartenden Kollegen H. herauszulangen. Letzterer hatte seinerseits bereits im August vor dem Gasthofe zu Gröbel ein Fahrrad gestohlen. Diese Diebereien brachten H. zehn Monate, R. acht Monate Gefängnis, beiden außerdem je drei Jahre Ehrenrechtsverlust ein.

— **Esperanto in Schulen.** Im Jahre 1920 wurde an folgenden Volkshochschulen Esperanto gelehrt: Annaberg, Altenburg, Auerbach, Aue, Berlin, Braunschweig, Danzig, Eisenach, Gelsenkirchen, Harburg a. E., Hof, Mörs, Mittweida, Nürnberg, Neugersdorf, Olmütz, Oederan, Pilsen, Schweidnitz, Stuttgart, Werdau, Worms. — In irgendeiner Form wird Esperanto-Unterricht in verschiedenen Schularten folgender Orte erteilt: Breslau (alle Stadtschulen), Bromberg (Lyzeum, Mädchen), Brünn (Handelsschule), Brüx (Handelsschule), Bischofteinitz (Mädchenschule), Danzig (Gymnasium), Eßlingen (Volksschulen), Dobritz bei Dresden (Volksschule), Cöthen (Friedrichs-Polytechnikum), Hartenstein (V.), Mainz (Priesterseminar), Neustadt, O.-L. (V.), Niederhermsdorf b. Potschappel (V.), Neugersdorf (V., Gewerbe- und Handelsschule), Oederan (Bürgerschulen), Seifhennersdorf (Webschule), Saaz (Gymnasium, Pädagogium, Handels-, Nonnenkloster-, Privatbürgerschule), Trautenau (Mädchenschule), Teplitz-Schönau (Handelsschule), Werdau (V.), Weinböhla (V.), Wegstädtel a. E. (Bürgerschule). — Staatlich erlaubt, angeregt oder verordnet wurde Esperanto-Unterricht in Braunschweig, Bayern, Hessen, Rußland, Finnland, Litauen, Estland, Tschecho-Slowakei, Bulgarien, Japan, Brasilien. — Beim Völkerbund wurde Esperanto als Amtssprache angeregt, und einen Antrag betr. Einführung des Esperanto in die Schulen stellten: Brasilien, Belgien, China, Italien, Südafrika, Spanien und die Tschecho-Slowakei. — Die Zusammenstellungen, außer der letzten, können keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben.

—* **Verein für Volksbildung, Riesa.** Diese Woche muß wegen Behinderung des Leiters der Deutschkursus ausfallen. Fortsetzung Mittwoch über acht Tage.

—* **Das sächsische Unterrichtsministerium** hat eine Verordnung erlassen, wonach in der Volksschule, besonders auf der Oberstufe, der Sinn für die Berufsarbeit durch Darstellung lebensvoller Bilder aus der Welt der Arbeit und durch unmittelbare Einführung ins Arbeits- und Wirtschaftsleben der Heimat, besonders auch durch Besuche von Arbeitsstätten zu wecken und die Bedeutung der Berufsarbeit für die Einzelnen wie für die Gemeinschaft zu würdigen ist. Bei gebotener Gelegenheit sind die Schüler über die inneren und äußeren Voraussetzungen für die erfolgreiche Ausübung der hauptsächlichsten Berufe aufzuklären.

—* **Sachsens Anteil an den Milchkühen.** Wie der Telunion-Sachsendienst an zuständiger Stelle erfährt, wird Dresden aus der amerikanischen Viehspende voraussichtlich etwa 30 Milchkühe erhalten. Auch die sächsischen Großstädte Leipzig und Chemnitz werden mit einer ähnlich hohen Zahl von amerikanischen Milchkühen rechnen können. Die genaue Ziffer kann aber erst festgestellt werden, wenn die vierwöchige Quarantänefrist abgelaufen ist, da sich erst dann übersehen läßt, was von den Tieren unbesorgt verwendet werden kann.

—* **Mitteldeutscher Bauerntag.** Am Sonnabend fand in Freiberg der dritte mitteldeutsche Bauerntag statt. Es wurde folgende Entschließung angenommen: Die in Freiberg versammelten Landwirte erklären, daß sie in der Beseitigung der Zwangswirtschaft für Brotgetreide, Milch und Butter das einzige Mittel zur reichlicheren Ernährung der Bevölkerung erblicken. Die Schikanierereien durch die Zwangswirtschaft und besonders die Kontrollen durch Leute, denen jedes landwirtschaftliche Sachverständnis abgeht, vernichten die Arbeitsfreudigkeit der Landwirte mehr und mehr. Die Erkenntnis, daß nur durch Hebung der landwirtschaftlichen Erzeugung die Erstarkung unserer Wirtschaftskraft herbeigeführt werden kann, bricht sich selbst in denjenigen Köpfen Bahn, denen der Haß gegen die Landwirtschaft den klaren Gedankengang genommen hatte. Die Landwirte haben es von jeher verschmäht, durch Streiks oder dergleichen die Verbesserung ihrer Lage zu erzwingen. Sie haben redlich gearbeitet und werden es auch weiterhin tun, solange man ihnen die Möglichkeit zu erhöhter Erzeugung nicht nimmt. Deshalb erheben sie kräftig Einspruch gegen die Einführung der Mädchenfortbildungsschulen in den landwirtschaftlichen Orten, da besonders die kleinen Bauern lediglich auf jugendliche weibliche Kräfte angewiesen sind und der Betrieb durch die in Aussicht genommene Einführung der Mädchenfortbildungsschulen vollständig lahmgelegt wird. Sie erheben weiterhin Einspruch gegen die behördliche Bestimmung, daß Hafer zu niedrigen Preisen an die öffentliche Bewirtschaftung abgeführt werden muß, während dieser Hafer vielfach zu sehr hohen Preisen an gewerbliche Betriebe abgeführt wird und die Preise für Haferpräparate derartig sind, daß sie in keinem Verhältnis zu dem an die Erzeuger gezahlten Preise stehen. Es ist geradezu unerhört, daß man zu einem Zeitpunkt, in dem der größte Teil der Ernte schon verbraucht war, in Fällen, in denen dem Landwirt eine Lieferung unmöglich ist, vom Landwirt den vorherigen Betrag des Preises für Hafer fordert.

—* **Der Verband Sächsischer Industrieller zur Erhöhung der Gütertarife.** In der Sitzung vom 17. Februar ds. Js. befaßte sich der Gesamtvorstand des Verbandes Sächsischer Industrieller u. a. auch mit der Frage der abermaligen Erhöhung der Gütertarife und faßte hierzu einstimmig folgenden Beschluß: Der Verband Sächsischer Industrieller teilt mit dem Reichsverband der Deutschen Industrie die Ansicht, daß die Eisenbahnverwaltung nicht wenig eine Deckung für ihr Milliardendefizit schaffen muß und daß dementsprechend eine Erhöhung der auf den Güterverkehr entfallenden Frachten nicht zu umgehen ist. Andererseits ist zu befürchten, daß bei einer bedeutenden Tariferhöhung der Absatz der deutschen Industrieerzeugnisse weiterhin erschwert und insbesondere der Auslandsabsatz gefährdet wird. Wir halten es deshalb für unbedingt notwendig, die Erhöhung auf das geringstnötige Maß zu beschränken. Vor allem vertritt der Verband Sächsischer Industrieller ebenso wie der Reichsverband die Ansicht, daß die letzten Jahresergebnisse als Grund keinesfalls für die Erhöhung maßgebend sein dürften, denn die bisherigen Mehrausgaben sind zum Teil durch eine Ueberanstrengung des Eisenbahnmaterials während der Kriegsjahre und durch die erforderlichen Erneuerungen des Betriebsparks entstanden. Die Betriebsmaterialien werden ferner voraussichtlich in nächster Zeit im Preise heruntergehen, außerdem stellen der Eisenbahnverwaltung vorläufig noch die Unterlagen über die Wirkung des seit dem 1. Dezember eingeführten Tarifs, der in höchst lückenhafter Weise überhastet aufgestellt ist und zu größten Differenzen geführt hat. Der Verband Sächsischer Industrieller fordert weiterhin, daß die einzelnen Waren keine über die Frachtverteuerung hinausgehende Belastung dadurch erfahren, daß sie in höhere Wagenklassen oder Stückgutklassen eingruppiert werden. Es sind zahlreiche Klagen darüber eingegangen, daß eine neue Tarifierung der Waren stattfindet, durch die die Konkurrenzverhältnisse der sächsischen Industrie ganz wesentlich beeinträchtigt werden. Es muß besonders betont werden, daß für die sächsische Industrie die Erhöhung der Frachten eine schwerwiegende Rolle spielt, da sie hauptsächlich auf Absatz in den übrigen Teilen Deutschlands angewiesen ist. Es erscheint ferner vor allem notwendig, daß das Reichsverkehrsministerium nicht ausnahmslos an dem Grundsatz festhält, daß für die Tarifhöhe der Wert der Ware maßgebend ist, denn die Tragfähigkeit des Fabrikates bestimmt sich nicht in allen Fällen nach Wert ihrer Bestandteile. Der Verband Sächsischer Industrieller schließt sich daher der Ansicht des Reichsverbandes der Deutschen Industrie an, daß die Zuschläge bei den veränderlichen heutigen Verhältnissen zunächst nur als auf Zeit bewilligte Teuerungszuschläge von Jahr zu Jahr einer sachverständigen Nachprüfung durch den Reichswirtschaftsrat unterzogen werden, um so der Lage der Industrie mehr gerecht werden zu können.

— **Angliederung der Forstakademie Tharandt an die Universität Leipzig.** Nach einer Erklärung der Tharandter Professoren kann die heutige Forstakademie in ihrer bisherigen Form als isolierte Fachhochschule den Anforderungen an den höheren forstlichen Unterricht und die forstwissenschaftliche Forschung nicht mehr genügen. Die daraufhin von der Regierung angestellten Erörterungen haben die Richtigkeit dieser Erklärung bestätigt und das Gesamtministerium zu dem Beschlusse veranlaßt, dem Landtage die Angliederung der Forstakademie Tharandt an die Universität Leipzig vorzuschlagen. Der Unterricht in den Grund- und Hilfswissenschaften der Forstwissenschaft muß nämlich weiter ausgebaut und gehoben werden. Außerdem steht fest, daß Land- und Forstwirtschaft zusammengehören, da sich beide mit der Bodenwirtschaft befassen. Der an der Forstakademie bereits erteilte landwirtschaftliche Unterricht würde durch Angliederung an das landwirtschaftliche Institut in Leipzig eine gar nicht abzuschätzende Erweiterung und Vertiefung erfahren können. Die Angliederung der Forstakademie an die Universität Leipzig verursacht allerdings gewisse einmalige Ausgaben. Diese sind aber erheblich geringer, als die Mehrkosten schon in wenigen Jahren betragen würden, die der erforderliche Ausbau des Lehrkörpers und der Forschungseinrichtungen an der bisherigen Forstakademie in Tharandt oder der Technischen Hochschule verursachen würde, falls man die Angliederung der Forstakademie an die Dresdner Hochschule bevorzugen wollte. Um die kurz gekennzeichneten Fortschritte und Vorteile zu erlangen und die geschilderten Mängel und Nachteile abzustellen oder zu vermeiden, empfiehlt sich die Angliederung der bisherigen Forstakademie an die Universität Leipzig als der wirtschaftlichste und billigste Weg.

—* **Die sächsische Regierung über den Waffentransport nach der Tschecho-Slowakei.** Die Presse der Kommunisten hetzt gegen die Regierung, weil diese angeblich Waffen nach der Tschecho-Slowakei gesandt habe, die zum Kampfe gegen die Sowjets bestimmt gewesen seien. Dazu erklärt nun die Regierung, daß es sich um die Waffen der aus Sibirien über Deutschland zurückgekehrten tschechischen Legionäre handelt. Nach einem deutsch-tschechischen Abkommen mußten die Waffen der Legionäre in besonderen, amtlich geschlossenen Wagen nach der Tschecho-Slowakei befördert werden. Die sächsische Regierung war verfassungsrechtlich gar nicht in der Lage, die vom Auswärtigen Amt in Berlin eingegangenen Verpflichtungen zu verhindern.

— **Die Lage des Arbeitsmarktes in Sachsen.** Der Bericht des Landesamtes für Arbeitsvermittelung über die Lage des Arbeitsmarktes in Sachsen im Januar 1921 besagt u. a.: Die Lage des sächsischen Arbeitsmarktes hat sich im Januar weiter verschlechtert. Die drohende Belastung des Wirtschaftslebens durch die Forderungen der Feindstaaten wirkten lähmend auf den Geschäftsgang in allen

SLUB
Wir führen Wissen.